

folge der hier geschilderten Lage sein. Es wird sich zeigen, ob die offiziellen Bekanntmachungen über die Unbeschwertheit des Centrum zu Regierungszwecken durch den weiteren Verlauf der parlamentarischen Session erhärtet werden oder nicht.

Auch die „Post“ bringt einen offiziellen Artikel über die „Krisis des Papstthums“, in welchem gelagt wird, der Papst stehe vor der kritischen Wahl zwischen dem Ausführung mit Italien oder dem Eiph; das Gefährliche wäre, in dem bisherigen Zustande aufzuhören. Der Artikel röhrt auch vom Königreich Italien, sich mit dem Papstthum abzusöhnen.

Von der letzten parlamentarischen Sitzung beim Reichskanzler werden noch nachträglich folgende Äußerungen desselben bekannt. Der Reichskanzler erklärte, daß er von dem gegenwärtigen Reichstage bei seiner Zusammensetzung keine Hilfe in seinen Plänen erwarte, daß er aber trotzdem nicht müde werde, diejenigen mit aller Fähigkeit zu verfolgen; er habe schon schwierigere Zeiten des parlamentarischen Lebens überstanden und hoffe ein zu seines Beutes in die Zukunft seiner sozialen Politik, als vorher von verfeindeten lassen werde. — Auf die Bemerkung eines conservativen bairischen Abgeordneten, daß die großen Verbündungen der gegenwärtigen Kaiser bei den Fabrikanten des Westens gegen das Papstthum gesteckt haben, bekannte der Reichskanzler wiederholte, daß dem Fabrikanten erstaunlich genug nur Rücksicht auf das Monopol erwachte. Er bestätigte zunächst durchaus nicht die Ausführung eines Fabrikationsmonopols, wie dasselbe in anderen Staaten bestrebt, sondern nur die eines Städteimperiums, so daß der Staat den Großhändler zwischen den Produzenten und den Kaufleuten hindern würde.

Die „Kreuzzeitung“ glaubt „zunächst noch“, daß dem Gouvernement Bitter werde durch den Schatzkonsistorial-Schluß erlegt werden, thüringische Unterlagen schließen.

Auf Rheinland-Pfalz schreibt man der „Ardinen“, daß die Wahlfähigkeit der Liberalen bei der letzten Mainzer Wahl sich erneut gezeigt hat und daß man sich der Hoffnung hingibt, bei der Stichwahl Phillips durchzubringen. Aus allen Theilen des Landes, fügt der Correspondent hinzu, wird gemeldet, welche große Verbreitung die Annahme der liberalen Fraktionen in Berlin erzeugt. „Wütten die Herren“, so hört die Meldung, „welche beginnende Wirkung diese Berichte aus dem Mittelpunkt des Reiches auf die Wähler ausüben, sie würden sich der Wege dieser Auszubildung mit allem ernsthaften Eifer widmen und alles vermehren, was im entgegengesetzten Sinne wünschen kann.“

Auch in Centrumstreit galt es jetzt als gewiß, daß sowohl auf Weiters keine Veränderungen in bairischen Ministerium stattfinden dürften und wird die Stellung des Ministers zug als eine befürchtete bezeichnet. Der von der Commission des rumänischen Senates angenommene Entwurf einer Adresse an den Kaiser ist eine harte Umschreibung der Thronrechte. In denselben heißt es bezüglich der Donaufrage: „Der Senat habe mit Besichtigung gekämpft, in der Frage der freien Donauhäufigkeit, welche mit der politischen und ökonomischen Entwicklung Rumäniens eng verbunden ist, die rumänische Regierung die Rechte und die Interessen des Landes vertreten und vertheidigt habe. Der Senat habe das volle Vertrauen, daß, wenn die Regierung fortsetze, sich im vollen Einverständnis mit den Gesühnen der Nation zu befinden, so eine definitive Lösung dieser Frage herbeiführen werde, welche der berechtigte Erwartung des rumänischen Volkes entspreche.“

Wie uns aus Wien gemeldet wird, halten sich am Sonntag Nachmittag die Beamten des Ministeriums des Auswärtigen dem neu ernannten Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnitz, vor. Auf die Begrüßungsrede des Sekretärs in Kallau kontert, daß Graf Kalnitz hervor, er sei sich seiner großen und schweren Aufgabe, namentlich als Nachfolger eines so hervorragenden Staatsmannes, wie der Baron d. Haymerle war, wohl bewußt. Er rede auf die volle und treue Unterlieferung des so ausgesuchten Beamtenkörpers und betrachte es als seine besondere Aufgabe, das Geist und das Interesse dieses Ministeriums zu heben und zu pflegen.

Die Zusammensetzung des Reichstages.

Das Wahlgesetz vom 31. Mai 1889 hat bekanntlich festgestellt, daß in jedem Bundesstaat auf durchschnittlich 100,000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlkreisen zum verfassunggebenden Reichstag zum Grunde gelegen hat, ein Abgeordneter gewählt wird, und daß ein Überdruck von mindestens 50,000 Seelen der Gesamtbewohner eines Bundesstaates 100,000 Seelen gleich geworden ist; ferner, daß in einem Bundesstaate, dessen Bevölkerung 100,000 Seelen nicht erreicht, ein Abgeordneter gewählt wird. Demzufolge wurde im Abz. 2 des §. 5 die Zahl der im Gebiete des ehemaligen Norddeutschen Bundes zu wählenden Abgeordneten auf 297 festgelegt und deren Verteilung auf die einzelnen Bundesstaaten bestimmt. Zugleich wurde im folgenden Abz. des nämlichen Paragraphen bestimmt, daß eine Vermeidung der Zahl der Abgeordneten in Folge der steigenden Bevölkerung nur durch Gesetz bestimmt werden könne.

Die Zahl der Abgeordneten hat inzwischen mehrmals eine Veränderung erfahren, erstlich durch Einführung der Südbundes, so daß seither die Zahl der deutschen Reichstagsabgeordneten 297 beträgt. Nunmehr haben die Sozialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei und die Dänen im Reichstage den Antrag gestellt, in Gesellschaft des §. 5 des Wahlgesetzes und auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1880 eine übermalige Vermeidung der Mitglieder des Reichstages vorzunehmen. Der Antrag wird, wie es heißt, ohne Rücksicht auf die Anteilshälfte eines jeden Abgeordneten nicht vorgelegt worden, sonst hätte man sicherlich wenigstens eine andere Fassung befürwortet.

Es liegt auf der Hand, daß es sich hier nicht lediglich um eine Ausführung des §. 5 des Wahlgesetzes handeln kann, sondern vorgenommen werden muß, nämlich die vorstehend in Ansicht gebrachte Abgrenzung der Wahlkreise durch Reichstag. Bis auf Weiters besteht noch immer die durch die Regierungen der Einzelstaaten auf dem Verhandlungsweg gebildeten Wahlkreise. Auf gelegentlichem Wege sind bisher nur einige wenige Wahlkreise anders abgegrenzt worden, so in den Regierungsbezirken Oppeln und Münster, in Braunschweig und Lauenburg. Im Allgemeinen aber darf der §. 6 des Wahlgesetzes noch immer keine Ausführung. Da der Artikel 20 der Verfassung ausdrücklich auf das Wahlgesetz Bezug nimmt, so könnte die Frage entstehen, ob nicht die Erhöhung der Abgeordnetenziffer und die Abgrenzung der Wahlkreise durch ein Verhältnisziffer erfolgen müsse, mittin legieren im Bundesrat durch eine Deputation von 14 Stimmen zu Fall gebracht werden können. Letztere Frage wird mit Recht von den Standesrechtsschülern verneint, da die Verfassung nur von „Gesetz“ spricht, also von einfacher Gesetz, welches durch Übereinstimmung der einfachen Mehrheiten von Bundesrat und Reichstag zu Stande kommt. Ein anderes ist die Frage, ob die Ausführung des §. 5 und 6 des Wahlgesetzes gegenwärtig angezeigt erscheint. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die Vermeidung der Bevölkerung bereits zu Ungleichheiten geführt hat. Es gibt im deutschen Reich Wahlkreise, welche 55,000 und solche, die nur 15,000 Wähler haben, und doch wählt jeder verfeindet einen Abgeordneten. Sehr groß tritt diese Ungleichheit beispielweise auch in Berlin hervor,

wo der höchste Wahlkreis nahezu dreifach so groß ist als der kleinste. Eine Abhilfe ist hier erforderlich geboten, falls der Reichstag vielfach das getreue Abbild der Stimmenzahlen des Volkes sein soll. Diese notwendig aber erfordert die Erhöhung der Gesamtzahl der Abgeordneten, da die bisherige Sache in keiner Weise mehr den Bedürfnissen entspricht.

Seit Erst des Wahlgesetzes haben insbesondere die großen Städte einen mächtigen Aufschwung genommen, während einiges Landbezirke an Einwohnerzahl verloren haben. Eine Ausweitung der politischen Vertretung wird nicht wohl zu vermeiden sein, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungzahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können, soll das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Wahrheit werden. Wenn im Landkreis noch nicht 60,000 Seelen, in Berlin über 200,000 Seelen auf einen Abgeordneten kommen, so ist das Wahlrecht thatsächlich ungleich. Berlin müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht sechs, sondern 12 Abgeordnete haben. Da solche Ungleichheiten auf die Dauer nicht bestehen können